

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 12. Januar 2005

R. Pr. Nr. 10

**Situationsanalyse der Straßen- und Wegebeläge im Bereich der historischen Altstadt  
- Zustimmung der Kenntnisnahme und Entscheidung über das weitere Vorgehen**

---

**Beschluss: (einstimmig)**

- 1. Die beigefügte Situationsanalyse der Straßen- und Wegebeläge im Bereich der historischen Altstadt wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Über die Einstellung von Mitteln für die Instandhaltung der städtischen Verkehrsflächen wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen entschieden.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die in den 70-iger Jahren im Rahmen der Altstadtsanierung mit Pflaster- und Sandsteinplatten befestigten Verkehrsflächen von insgesamt 40 000 m<sup>2</sup> zeigen in Teilbereichen großflächigere Schäden bzw. eine Vielzahl von Einzelschäden, deren punktuelle Beseitigung aus wirtschaftlichen und technischen Überlegungen nicht empfohlen werden kann. Es wird daher eine schrittweise großflächige Sanierung von Teilbereichen empfohlen.

Nach den von der Verwaltung durchgeführten Erhebungen sind ca. 25% der mit Pflaster und Sandsteinplatten befestigten Verkehrsflächen in der Innenstadt schadhaft, wodurch insgesamt ca. 2 Mio. Euro an Sanierungskosten erforderlich werden.

Im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Situation der Stadt wird vorgeschlagen, die Sanierung der Verkehrsflächen schrittweise in Abhängigkeit von der jeweiligen Haushaltssituation durchzuführen.

**Alles Weitere ist der „Situationsanalyse der Straßen- und Wegebeläge“ zu entnehmen, die für alle Mitglieder des Gemeinderats beigefügt ist.**

- - -

Stadtrat Heiser legt Wert darauf, dass die Gesamtstadt, inkl. Stadtteilen, berücksichtigt wird, bittet darum, auch großflächige Platten einzulegen und stimmt für die CDU-Fraktion zu.

Stadträtin Kölper möchte in Ziffer 1 das Wort „zustimmend“ gestrichen haben. Den Kosten könne man so pauschal nicht zustimmen. Dies müsste in den Haushaltsplanberatungen diskutiert werden. Aus den Bildern lasse sich kein großflächiger Sanierungsbedarf erkennen. Nach ihrer Nachkalkulation komme man auf höchstens 750.000,- €. Sie sehe also erhebliches Einsparpotenzial.

Stadtrat Deckenbach stimmt für die SPD-Fraktion zu und bittet darum, die Plattenbeläge von der Seite zur Mitte zu verlegen.

Stadträtin Seifried-Biedermann meint, man müsse zwischen optischen Schäden und echten Gefahrquellen unterscheiden. Aus Sparsamkeitsgründen solle man nur bei letzteren tätig werden. Viele Bilder zeigten nur optische Mängel, weshalb man die Kosten auf 750.000,- € reduzieren solle.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier verdeutlicht, dass im Beschlussvorschlag keine Kosten genannt seien.

Stadträtin Lumpp hält Reparaturen auch nur bei Gefahrstellen für nötig. Man müsse sich den Standort jeweils genau überlegen.

Stadtrat Dr. Böhne plädiert für das Zulassen von Patina. Die Sicherheit müsse natürlich berücksichtigt werden.

Bürgermeister Raab erklärt, dass die Verwaltung am Beispiel der Altstadt habe zeigen wollen, welche Investitionen auf die Stadt zukämen, um die Diskussion einmal zu beginnen. Natürlich stecke Dynamik darin. Die Kosten seien anhand der Flächen auf Basis aktueller Preise hochgerechnet worden. Das heiße nicht, dass man das Geld auch ausgeben müsse.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier fügt an, dass man ab 3 cm reparieren müsse.

Stadträtin Kölper weist darauf hin, dass in der Analyse der Betrag von 2 Mio. genannt sei, weshalb mit einer Zustimmung zum Beschlussvorschlag dem zugestimmt sei.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier merkt an, dass eine Ausschreibung erfolge. Der billigste Bieter erhalte den Auftrag.

Stadträtin Kölper wirft ein, dass man aber auch die Qualitäten festschreiben müsse.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier sagt dies zu. Man wolle es bei den vorhandenen Materialien und dem Stil belassen. Sie werde auf Seite 16 der Analyse zum Ausdruck bringen, dass die Kostenschätzung eine Annahme der Verwaltung sei.

Stadträtin Kölper entgegnet, dass dann „zustimmend“ im Beschlussvorschlag verbleiben könne.

Stadtrat Künzel hätte sich ein Zeitfenster und eine Prioritätenliste gewünscht. Zudem müsse die Ermittlung jährlich fortgeschrieben werden.

Stadträtin Lumpp hätte die auf Seite acht erwähnte Abwägung gerne einmal gehabt, stimmt der Vorlage aber zu.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

Gabriela Büsselmaier  
Oberbürgermeisterin

Ka/La

17. Januar 2005

1. Stadtbauamt (Schreiben vom 06.10.2004, 024.320.000-Ru/Ka) zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung.
2. Planungsamt, Amt für öffentliche Ordnung, Finanzverwaltung und Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis.
3. Z. d. A. 656.200.000  
Z. d. A. 656.260.000

Im Auftrag:

Kassel